

Grande, Edgar

Article

"Die Welt ist aus den Fugen": Ein Gespräch über die Zivilgesellschaft und die globalen Herausforderungen der Gegenwart

WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Grande, Edgar (2022) : "Die Welt ist aus den Fugen": Ein Gespräch über die Zivilgesellschaft und die globalen Herausforderungen der Gegenwart, WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung, ISSN 2943-6613, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin, Iss. 178 (4/22), pp. 19-22, <https://bibliothek.wzb.eu/artikel/2022/f-25171.pdf>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/327791>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Im Interview

Edgar Grande

„Die Welt ist aus den Fugen“ Ein Gespräch über die Zivilgesellschaft und die globalen Herausforderungen der Gegenwart

Fünf Jahre nachdem am WZB das Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung etabliert wurde, geht Gründungsdirektor Edgar Grande in den Ruhestand. Die vergangenen Jahre waren ein Stresstest für Menschen und Gesellschaften: Der Klimawandel eskaliert, der Krieg in der Ukraine bedroht die globale Stabilität, die Coronapandemie hat noch kein Ende gefunden. Im Gespräch mit Gabriele Kammerer erklärt der Politikwissenschaftler Edgar Grande, auf welchem Boden Verschwörungsmythen wachsen, warum Aufklärung zentral ist und dass die Zivilgesellschaft nicht nur gute Seiten hat.

Klimakrise, Krieg, Pandemie – was macht die allgemeine Unsicherheit mit der Gesellschaft?
„Die Welt ist aus den Fugen“ – dieses Shakespear-Zitat liest man seit Jahren immer wieder. Selbstverständlichkeiten unseres Zusammenlebens, der politischen Entscheidungsfindung gelten plötzlich so nicht mehr. In solchen Situationen suchen Menschen Halt. Und die Wissenschaften sind gefordert, alte Gewissheiten über Bord zu werfen, neue Antworten auf alte Fragen zu suchen oder ganz neue Fragen zu finden. Verschwörungstheorien werden da zu einer Art Haltepunkte – leicht verfügbare, vermeintlich einfache Erklärungen für unerklärliche Dinge, vor allem dann, wenn man den Verdacht hat, dass es Zusammenhänge geben muss, die man aber nicht versteht und für die man vordergründig keine Verantwortlichen findet. Eines der wichtigsten Merkmale moderner Gesellschaften ist ja nicht, dass wir immer mehr wissen, sondern dass wir vertrauensbedürftig sind, dass wir immer mehr vertrauen müssen. Anthony Giddens hat das in seiner Soziologie der Moderne sehr prägnant herausgearbeitet. Diese Vertrauensbedürftigkeit hat mit der zunehmenden Folgenträchtigkeit von zivilisatorischen Risiken wie dem Klimawandel oder globalen Pandemien ganz offensichtlich zugenommen. Dabei geht es nicht um ein Vertrauen in bestimmte Personen, sondern wir sind gezwungen, abstrakten Systemen zu ver-

trauen – der Medizin, der Klimaforschung. Wir wissen aber auch, dass deren Wissen begrenzt ist. Wenn die Pandemie uns eines gezeigt hat, dann doch das: dass wir weder gesichertes Wissen über die Ursachen der Pandemie haben, noch über die Wirkung von Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung. Das Einzige, was wir gesichert gelernt haben, war, dass die Expertinnen und Experten selbst nicht einig waren und noch immer nicht sind. Das hat die Verunsicherung bei den Bürgern noch verstärkt.

Für die Demokratie ist das doch eine Riesenherausforderung?

Am Ende geht es immer um politische Entscheidungen. Wir hatten diese Diskussion schon in den 1970er-Jahren, als es um die Kernenergie ging. Die Physiker haben zwar die Sicherheit von Kernkraftwerken betont, aber sie mussten einräumen, dass immer ein Restrisiko bleibt. Wie viel Restrisiko gesellschaftlich akzeptabel ist, das kann immer nur politisch entschieden werden, denn das ist keine naturwissenschaftliche Frage, sondern eine normative. Die politische Qualität der Entscheidung kann der Politik niemand abnehmen, weder die Wissenschaft noch die Religion noch sonst jemand. Moderne Gesellschaften sind politische Gesellschaften, weil sie nach politischen Kriterien entscheiden können und müssen.

Und wie entstehen Verschwörungsmythen? Als Reaktion auf wissenschaftliche oder auf politische Defizite?

Ich würde gar nicht von Defiziten reden. Verschwörungsmythen sind eine unmittelbare Folge des Nichtwissens über gesellschaftliche und technische Entwicklungen. Der moderne Mensch zeichnet sich dadurch aus, dass er die zweifelhafte Fähigkeit erworben hat, sich selbst zu zerstören, und dass er diese Fähigkeit mit einer beunruhigenden Konsequenz in den letzten Jahren und Jahrzehnten verfolgt hat. Gleichzeitig können sich moderne Gesellschaften nicht mehr auf religiöse

Gewissheiten stützen. Kritische Situationen, wie wir sie in der Pandemie, aber auch davor schon hatten, schaffen das, was Psychologen einen Erklärungshohlraum nennen. Die entscheidende Frage ist, wie dieser Erklärungshohlraum gefüllt wird. Verschwörungstheorien – wenn man von Theorien sprechen will – sind leicht verfügbare Angebote für Erklärungen, wo die Wissenschaft so schnell keine Erklärung anbieten kann.

Welche Rolle spielt die Zivilgesellschaft gerade in der Krise?

In den letzten Krisen haben sich zunächst einmal die Stärken der Zivilgesellschaft gezeigt. Man kann viel lernen über die in einer Gesellschaft vorhandene Solidarität, wenn man sich die überwältigende Hilfsbereitschaft der Menschen in solchen Situationen anschaut. Da ist nicht nur das spontane individuelle Engagement, sondern auch das organisierte Engagement der Zivilgesellschaft. Neben den Wohlfahrtsorganisationen und anderen Trägern der organisierten Zivilgesellschaft gibt es eine Vielfalt von neuen Initiativen, in denen sich Menschen mehr oder weniger spontan bereit erklärt haben zu helfen, und das nicht nur an einem Tag, sondern auch über längere Zeiträume hinweg. Wir haben in einem Projekt untersucht, wie es gelingen kann, solche spontane Hilfsbereitschaft auf Dauer zu stellen. Eine Arbeitsgruppe des Bundesinnenministeriums hat zu Beginn der Coronapandemie in einem Strategie-Papier festgestellt: Ob und wie wir diese Pandemie überstehen, wird ganz entscheidend von der Zivilgesellschaft abhängen. Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft wird sich durch die Pandemie grundlegend verändern – wie, das kommt ganz entscheidend auf die

Zivilgesellschaft an. Rückblickend würde ich sagen: Das war eine sehr kluge Einschätzung. Das Problem war nur, dass sich niemand daran orientiert hat. Die Zivilgesellschaft ist immer mehr zum Opfer der Pandemie-Politik geworden, sodass jetzt viele Bereiche der Zivilgesellschaft vor dem Problem stehen, wie es weitergehen soll, wie sie Mitglieder wieder aktivieren sollen, wie sie finanzielle Einbußen durch fehlende Veranstaltungen ausgleichen können. Bürgerschaftliches Engagement ist etwas Fragiles, das man nicht ohne Weiteres voraussetzen kann und von dem man auch nicht ohne Weiteres erwarten kann, dass es krisenbeständig ist. Das ist eine hoch relevante Frage: Wie kann man Zivilgesellschaft resilient machen, widerstandsfähig gegen solche Herausforderungen?

Nun sehen Sie die Zivilgesellschaft nicht immer nur positiv.

Es ist eines der Merkmale des Forschungsprogramms unseres Zentrums, dass wir Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Ambivalenz sehen – mit ihren Stärken, aber auch mit ihren dunklen Seiten. Wir finden eben auch neue Formen der Radikalisierung, der Polarisierung. Die Widerständigkeit von Zivilgesellschaft, die man ja in vielen Bereichen besonders positiv herausstellt, kann auch höchst problematisch sein. Die organisatorische Stärke von Zivilgesellschaft sagt noch nichts darüber aus, wie stark der gesellschaftliche Zusammenhalt ist. Es kommt darauf an, wie sich die Zivilgesellschaft zu akuten politischen Streitfragen positioniert; und es kommt auf das an, was Robert Putnam das Bonding Social Capital genannt hat, das brückenbildende Sozialkapital. Durch die Einbindung von Menschen in soziale Gruppen wird der Einzelne in die Gesellschaft integriert. Gruppen können sich aber auch abschließen gegenüber anderen, dann wird die Gesellschaft durch Gruppenbildung eher desintegriert als integriert. Wenn das Selbstverständnis und das Handeln solcher Gruppen dann noch politisch aufgeladen werden, bekommen wir höchst problematische Formen von Gruppenpolarisierung. Genau das beobachten wir in den USA seit Jahren mit großer Sorge: nicht die Schwäche der Zivilgesellschaft, sondern eine nicht zuletzt von gesellschaftlichen Gruppen geprägte Polarisierung, die einen vernünftigen Ausgleich von strittigen Fragen kaum mehr möglich macht, weder auf der lokalen Ebene noch in den wichtigsten politischen Institutionen.

Edgar Grande ist Gründungsdirektor emeritus des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am WZB. Seine Forschungsthemen sind Zivilgesellschaft, politische Konflikte und soziale Bewegungen. edgar.grande@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Ich habe bei Ihnen einen aufklärerischen Impuls entdeckt. Ist es so, dass Bildung hilft?

Die Grundfrage ist doch: Wie kann in einer aus den Fugen geratenen Welt wieder Sicherheit ge-

schaffen werden? In der Vergangenheit hat diese Aufgabe vor allem der Wohlfahrtsstaat geleistet, indem er ein Sicherheitsversprechen abgegeben hat. Er hat deutlich gemacht, dass die Bürger gegen alle wichtigen Lebensrisiken abgesichert sind, bei Krankheit, bei Arbeitslosigkeit. In meinem Verständnis wird Bildung im 21. Jahrhundert eine vergleichbare Rolle spielen. Bildung nicht im Sinne von formalen Kompetenzen, die man in der Schule erlernt und mit denen man dann für den Rest des Lebens gerüstet ist, sondern Bildung im weiteren Sinne. Der Erwerb von Bildung und Weiterbildung wird zur Lebensaufgabe. So rüstet sich der oder die Einzelne gegen Veränderungen und Verunsicherungen, wirtschaftlich, ökologisch, sozial. In unserer Zeit der großen Transformationen – und wir stehen erst am Beginn dieser großen Transformationen und noch nicht am Ende – wird es nicht mehr ausreichen, die Bürger über soziale Sicherungssysteme abzusichern, in einem negativen, kompensatorischen Sinne, sondern es wird in zunehmendem Maße darauf ankommen, sie im positiven Sinne zu befähigen, mit diesen Herausforderungen umzugehen. Das geschieht über Bildung.

Was bedeutet das für das Bildungssystem?

Es kommt darauf an, dass die Menschen ein umfassendes Bildungsversprechen bekommen im Sinne von: Wir unterstützen euch, damit ihr mit dem, was uns an Herausforderungen und Krisen bevorsteht, zurechtkommt. Ganz wichtig ist, dass wir dabei die Rolle der Zivilgesellschaft im Bildungswesen neu denken. Auch jetzt schon ist gerade der Bereich der Erwachsenenbildung keine rein staatliche Aufgabe, Kirchen und andere spielen eine wichtige Rolle als Träger von Bildungsleistungen. Und wir wissen natürlich auch, dass in Schulen Projekte und Initiativen von Vereinen, von Eltern, eine immer wichtigere Rolle spielen. Hier sehe ich erhebliches Potenzial für bürgerschaftliches Engagement. Bildungspolitik wird im 21. Jahrhundert den Stellenwert haben, den die Sozialpolitik im 20. Jahrhundert hatte. Wir können Sicherheit in einer so unsicheren Zeit nicht mehr über kompensatorische Politiken alleine herstel-

len, wir müssen sie über Befähigung herstellen. Das, was wir die letzten Wochen und Monate erlebt haben, war in dieser Hinsicht ein denkbar schlechtes Beispiel: Man hat versucht, mit einem Stückwerk von Einzelmaßnahmen irgendwelche punktuellen Probleme zu lösen, sei es in der Mobilität oder bei den Energiepreisen. Der Staat in der zweiten Moderne beweist seine Qualität aber nicht darin, dass er nur im Katastrophenfall repariert und kompensiert.

Wo steht Ihr Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung fünf Jahre nach seiner Gründung?

Die Gründungsphase ist abgeschlossen, und ich kann sagen: im Wesentlichen so abgeschlossen, wie wir uns das ursprünglich vorgestellt haben. Das ist ja nicht ganz selbstverständlich. Für mich sind bei der Bewertung der Gründungsphase zwei Dinge entscheidend. Erstens ist die Arbeit des Zentrums in der Evaluierung durch die Gremien des WZB sehr positiv bewertet worden; über die Fortsetzung des Zentrums und über meine Nachfolge durch Swen Hutter wurde sehr frühzeitig entschieden. Darüber bin ich sehr froh. Zweitens ist es gelungen, die Kooperationspartner des WZB von der Arbeit des Zentrums zu überzeugen. Die Freie Universität Berlin ist weiter zur Kooperation mit dem WZB bereit; und auch in der zweiten Phase werden Stiftungen – Mercator, die VolkswagenStiftung – die Arbeit des Zentrums unterstützen. Das Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung forscht also nicht nur über die Zivilgesellschaft, sondern wird durch die Zivilgesellschaft ganz maßgeblich getragen. Wir haben uns ja immer so verstanden, dass wir wissenschaftlich relevante Ergebnisse liefern wollen, dass wir aber gleichzeitig Probleme, die wir in der Gesellschaft vorfinden, aufnehmen und mit unseren Forschungsergebnissen wieder in die Gesellschaft hineinwirken – also problemorientierte Grundlagenforschung im besten Sinne. Es ist ein tolles Zeichen, dass wir aus der Zivilgesellschaft Unterstützung bekommen, weil dort offensichtlich angekommen ist, dass in unserer Forschung ein Gewinn für die Gesellschaft liegt. ●